

## Research note

# Vietnam unter der Herrschaft der „Partei-Staat-Unternehmens-Allianz“ – Herausforderungen für die Zivilgesellschaft im Jahr 2021

Jörg Wischermann

### Summary

Vietnam's civil society continues to face major challenges in 2021: A hegemonic “party-state-business alliance”, which occupies all political and economic “commanding heights” and is also ideologically in a relatively strong position not least due to the lack of practicable alternatives, has a civil society as an opposite that is deliberately divided. Numerically strong it is at best weakly articulating and influencing political change. In addition, while working on a wide range of issues, Civil Society Organizations (CSO) in Hanoi are often thematically different from those in the south of the country, the latter being even more under political control than those in the north.

The pandemic threatens to exacerbate this imbalance of power. Certain CSOs (such as NGOs critical of certain policies and at least some forms of domination) are in danger of being marginalized, with informal practices of a philanthropic nature and traditional concepts such as “help for self-help” serving as the dominant, perhaps even alternative-less forms of civil society practice.

Because Vietnam does not have a “Rechtsstaat”, civil liberties (such as organizing associations or expressing one's opinion and organizing demonstrations) as laid down in the constitution are granted, if at all. This is all the more relevant as Vietnam's civil society has to deal with a state that unilaterally protects and promotes the interests of state-owned corporations as well as those of semi-state-owned companies, private investors and large companies. Whereas the interests of farmers, fishermen, and workers (especially those in the informal sector) are only taken into account on a case-by-case and intermittent basis. All these are not good prerequisites for shifting the existing imbalance of power in favor of civil society ideas, actors and practices.

**Keywords:** Vietnam, civil society, authoritarian rule, “Rechtsstaat”, “Party-state-business-alliance”, pandemic impact

**Jörg Wischermann** is a political scientist and Associate at GIGA Institute for Asian Studies. Together with Vietnamese scholars he has done extensive empirical research on the development of civil society and its relationship with the Vietnamese state.

Wischermann@giga-hamburg.de, ORCID: 0000-0003-2487-336X

## Einleitung

Vietnams Zivilgesellschaft hat ein von Grund auf problembehaftetes Verhältnis zum Staat. Dies hat vorrangig damit zu tun, dass Vietnam ein autoritäres Regierungssystem aufweist und eine „Partei-Staats-Unternehmensallianz“ (Hughes 2020, 118) alle wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Kommandohöhen besetzt. Die Zivilgesellschaft wird in einer subalternen Position gehalten. Das ungleiche Kräfteverhältnis materialisiert sich in Staatshandeln, das bestimmte, vor allem wirtschaftliche Interessen fördert und andere, beispielsweise solche von Bauern und Fischern, ungleich weniger berücksichtigt. Ebenso werden grundlegende politische Freiheiten allenfalls gewährt, nicht aber garantiert. Die durch COVID-19 ausgelöste Pandemie droht das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft weiter zu verschlechtern und verringert die Chancen auf einen Wandel des politischen Systems hin zu einem stärker inklusiven, partizipativen und transparenten Regieren. Im Folgenden werde ich diese Argumentation schrittweise entfalten und, wo immer möglich, empirisch unterlegen.

## Grundzüge der politischen Herrschaft in Vietnam

Vietnam wird seit der Wiedervereinigung 1975/76 von der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) regiert. Diese besteht auf ihrem Alleinregierungsanspruch. Allenfalls punktuell und temporär duldet der „Partei/Staat“ (wie die Vietnamesen die Amalgamierung von Kommunistischer Partei und dem von ihr beherrschten Staat nennen) Widerspruch seitens seiner BürgerInnen. Die Kommunistische Partei beherrscht die Sicherheitsapparate und die Justiz, sie lenkt und leitet alle politisch-administrativen Institutionen. Für die einheitliche Leitung und Lenkung von Institutionen wie staatspolitischem Personal sorgt der „Demokratische Zentralismus“, der Verfassungsrang hat (Artikel 8).<sup>1</sup> Das politische System kann als „autoritär“ bezeichnet werden.<sup>2</sup> Die KPV ist aber durchaus zu Zugeständnissen

- 
- 1 „Der demokratische Zentralismus ist ein von W.I. Lenin entwickeltes Führungsprinzip für kommunistische Parteien. Nach diesem Prinzip sind (a) Staat und Partei hierarchisch und zentralistisch aufgebaut; (b) die Partei- und Staatsführung wird von unten nach oben gewählt, die Auswahl der Wahlkandidaten erfolgt jedoch von oben nach unten; (c) Entscheidungen der übergeordneten Organe für die unteren Ebenen sind verbindlich; und (d) Minderheiten müssen sich der Mehrheit und einer strengen Parteidisziplin unterordnen. Die Infragestellung bereits getroffener Entscheidungen wird als Zeichen der Illoyalität gewertet.“ (Wischermann und Dang 2018, 129; Übersetzung durch den Autor)
  - 2 Bis heute besteht in der Politikwissenschaft keine Einigkeit darüber, was ein autoritäres politisches System ist. Ich benutze hier Linz' Verständnis, der ein solches politisches Herrschaftssystem gekennzeichnet sieht durch einen „limited, not responsible political pluralism, without elaborate and guiding ideology, but with distinctive mentalities, without extensive nor intensive political mobilization, except at some points in their development, and in which a leader or occasionally a small group exercises power within formally ill-defined limits but actually quite predictable ones“ (Linz 2000, 159).

an KritikerInnen, ja sogar zu zeitweiligen Rückzügen von einzelnen Vorhaben und Zugeständnissen an Protestierende bereit. Dies regt Nguyen Hong Hai dazu an, von einer für das Regime typischen Mischung aus „intelligentem“ und „uneingeschränktem“ Autoritarismus zu sprechen (Nguyen 2018, 149).<sup>3</sup> CIVICUS (2021) spricht in diesem Zusammenhang von einem „völlig geschlossenen politischen Raum“ in Vietnam.<sup>4</sup>

Im Rahmen eines solchen politischen Herrschaftssystems stehen politisch Andersdenkende und religiöse Minderheiten innerhalb, erst recht aber solche außerhalb der staatlich anerkannten religiösen Vereinigungen (beispielsweise Buddhisten, die zu „Lang Mai“ gehören, einer Vereinigung, die von Thich Nhat Hanh gegründet wurde), aber auch Menschen, die ihren Widerspruch gegen bestimmte Vorhaben der Regierung (beispielsweise eine Landenteignung für den Bau einer Fabrik) oder Kritik an Regierungspolitiken oder Regierungspolitikern äußern (beispielsweise Kritik an der Bevorzugung von bestimmten Menschen mit „Beziehungen“, die früher als alle anderen gegen Covid-19 geimpft werden) auch 2021 vor dem Problem, dass ihr Engagement von harschen Strafmaßnahmen bedroht ist.

## Vietnam ohne Rechtsstaat

Aus einer politischen und juristischen Perspektive betrachtet wurzeln Bedrohungen und Einschränkungen individueller und kollektiver Freiheiten darin, dass Vietnams politisches System bislang keinen Rechtsstaat ausgebildet hat. Hier hat auch der seit 2008 betriebene „Rechtsstaatsdialog“ mit der Bundesrepublik Deutschland (BMJ 2021) keinen grundsätzlichen Fortschritt gebracht. Zweifellos war die Initiierung eines *rule by law* statt staatlicher Willkürmaßnahmen ein Fortschritt, brachte dieser doch zumindest ein Regieren mittels und Wirtschaften entlang bestimmter Regeln mit sich. Diese Reform vollzog sich im Zuge der seit 1986 betriebenen „Politik der Erneuerung“, die den Übergang von einer Art Staatssozialismus zu einer „staatlich koordinierten Marktwirtschaft“ (Truong und Rowley 2014, 298) mit starken Tendenzen zur Entwicklung eines *crony capitalism* unter dem Dach eines autoritären politisch-administrativen Systems bedeutete.

Folgte man aber dem *rule of law* und gäbe es einen Rechtsstaat, so hätten die vietnamesischen BürgerInnen nicht nur verfassungsmäßig verbrieft bürgerliche Freiheiten (wie das Recht, sich frei von staatlicher Repression zu äußern, sich zu

---

3 Nguyen fügt der Charakterisierung noch die Eigenschaft „kompetitiv“ hinzu. Darunter versteht er, dass „auf die eine oder andere Weise (...) kompetitive Räume zugelassen und innerhalb der KPV Demokratie praktiziert wird“ (Nguyen 2018, 149). Insbesondere die letztere Feststellung würde hier bestritten: Die KPV ist nach wie vor eine nach marxistisch-leninistischen Prinzipien strukturierte Partei. Deren Organisationsprinzip des Demokratischen Zentralismus bietet „kompetitiven“ Elementen kaum Raum.

4 Damit meint CIVICUS, dass in Vietnam keine Assoziationsfreiheit gegeben ist und das Recht, sich friedlich zu versammeln und frei seine Meinung zu äußern, nicht besteht. Auch schützt der Staat diese Rechte nicht (CIVICUS 2021).

versammeln, zu demonstrieren usw.), sondern es gäbe auch in ergänzenden und solche Grundrechte präzisierenden Gesetzen eine Festschreibung als Rechte aller BürgerInnen. Solches ist in Vietnam aber zumeist nicht der Fall. Zwar ist das Recht, sich frei zu äußern, zu organisieren, zu versammeln und zu protestieren in der vietnamesischen Verfassung garantiert. Artikel 25 der Verfassung schreibt fest: „The citizen shall enjoy the right to freedom of opinion and speech, freedom of the press, of access to information, to assemble, form associations and hold demonstrations. The practice of these rights shall be provided by the law.“ (Constitution of Vietnam 2013). Aber ein dieses Recht bzw. diese Rechte konkretisierendes aktuelles Gesetz bzw. Gesetze gibt es nicht.

So wurde erst im Mai 2020 ein seit 2011 vorbereiteter und diskutierter Entwurf für ein Demonstrationsrecht auf Wunsch des im Gesetzgebungsprozess federführenden Ministeriums für Öffentliche Sicherheit von der Tagesordnung der Nationalversammlung genommen und seine Befassung auf unbestimmte Zeit vertagt (Tuan 2020). Ähnlich erging es 2016 dem 16. Entwurf eines seit 1992 diskutierten Assoziationsgesetzes, das ohne weitere Erklärung von der politischen Agenda verschwand (Vietnam News 2016). Bis heute gelten hinsichtlich der Umsetzung und Garantie des Vereinigungsrechts verschiedene Dekrete, die teilweise aus den 1950er Jahren und der damaligen nordvietnamesischen Demokratischen Republik Vietnam stammen. Auch das von der Europäischen Union im Zuge der Verhandlungen für das „EU–Vietnam Free Trade Agreement“ durchgesetzte Recht vietnamesischer ArbeiterInnen, sich zumindest auf betrieblicher Ebene in sie repräsentierenden Organisationen zusammenzuschließen (*tổ chức đại diện người lao động*), steht bislang nur auf dem Papier (und es ist auch nicht gleichzusetzen mit dem Recht, unabhängige Gewerkschaften zu gründen). Dieses Recht ist im Arbeitsgesetzbuch verankert und in Kraft seit dem 1.1.2021. Aber bislang gibt es kein Dekret, das diese Art der Organisationsfreiheit verbiefend die Ausführung präzisierend festschreiben würde (Buckley 2022, 3). Nicht zuletzt wird das im Entwurf vorliegende neue Landrecht auch weiterhin die Glaubensgemeinschaften vom Wohlwollen staatlicher Stellen abhängig machen, die ihnen Land zuerkennen und den Bau von religiösen Aktivitäten gewidmeten Gebäuden erlauben können – oder nicht (Huong 2021).

### „Ask-give“ statt Rechtsstaat

Statt rechtstaatlicher Prinzipien beherrscht ein *ask-give-mechanism* die politische Wirklichkeit. Dabei wird ein verfassungsmäßiges Recht von den Behörden gewährt – oder eben nicht. Die BürgerInnen sind BittstellerInnen, können sich zwar auf ein

abstraktes Grundrecht berufen, das hilft ihnen aber in der Regel nicht oder nicht viel.<sup>5</sup>

Die These von der Abwesenheit eines Rechtsstaates in Vietnam belegen die jüngsten Verhaftungen von unabhängigen JournalistInnen, Facebookgruppen-Mitgliedern, BloggerInnen und anderen, deren „Vergehen“ allein darin besteht, ihre Meinung frei äußern. Dafür wurden sie unter Zuhilfenahme verschiedener Paragrafen des Gesetzes zur Cybersecurity und vor allem des Strafgesetzbuches (hier werden die Artikel 109, 116, 117, 118 und 331 bemüht) verhaftet und inhaftiert.<sup>6</sup> Allein im Zeitraum Januar bis Juli 2021 wurden 23 RegierungskritikerInnen festgenommen, davon wurden 20 zu Gefängnisstrafen verurteilt. In 11 Fällen wurde in der Urteilsbegründung Artikel 331 herangezogen („Missbrauch der Demokratie“), in 8 Fällen Artikel 117 („Verbreitung von Informationen, die gegen den Staat gerichtet sind“). Reporter ohne Grenzen schätzt, dass Ende 2021 mehr als 30 JournalistInnen und BloggerInnen inhaftiert sind (Reporters Without Borders 2021).

Im Kern geht es bei all diesen Freiheitsbeschränkungen darum, dass Menschen ein ihnen verfassungsmäßig garantiertes Recht wahrnehmen – dies allerdings, ohne den „Partei/Staat“ um Erlaubnis zu fragen oder sogar gegen dessen erklärten oder nicht erklärten Willen. Dann schreitet dieser ein – oder eben nicht. Wann er das tut, warum und in welcher Form es geschieht, ist eine in der sozialwissenschaftlichen, auf Vietnam bezogenen Forschung bislang unbeantwortete Frage.<sup>7</sup>

## **Staatliche Reaktionen auf bürgerschaftlichen Protest**

Auffällig ist, dass der vietnamesische Staat seit 2016 verstärkt und seit 2020 noch einmal intensiver bei der Unterdrückung solcher protestierender BürgerInnen vorgeht, die sich gegen Landenteignungen (beispielsweise im Zuge großer Infrastrukturprojekte), Umweltzerstörungen (deren Kosten auf die Gesellschaft abgewälzt werden) und die endemische Korruption zur Wehr setzen. In diesem Zusammenhang stellte ein Forschungsteam fest, dass seit 2016 im Falle von Protest, der die Frage von Eigentum an Land betrifft, der *de nomine* sozialistische

---

5 Vergleichen mag man diese Praxis und die zugrundeliegende Begründung mit der aus der europäischen politischen Geschichte bekannten sogenannten „Erlaubnis-Toleranz“ (zu dieser Form repressiver Toleranz siehe Forst 2005, 12).

6 Zum Gesetz über „Cybersecurity“ und dessen Implikationen für die Meinungsfreiheit siehe Freedom House (2021). Zum Wortlaut der genannten Paragrafen sei verwiesen auf das Strafgesetzbuch in der Fassung von 2015, siehe Criminal Code (2015). Zusammengefasst stellen die genannten Paragrafen in vagen Formulierungen die „Gefährdung der nationalen Sicherheit“, das „Verbreiten von Informationen gerichtet gegen die Sozialistische Republik Vietnam“, eine Gefährdung der von der Regierung verfolgten „Politik der Einheit“, etwa durch Säen von Zwietracht zwischen den Klassen und/oder ethnischen Minderheiten, sowie den „Missbrauch der Demokratie“ unter größtenteils drastische Strafen.

7 Kerkvliet hat zu dieser Frage verschiedene Arbeiten vorgelegt, zuletzt eine Monografie (Kerkvliet 2019). Aber auch in dieser bleibt die Frage, „wann“ und „warum“ der vietnamesische Staat auf Protest reagiert, letztlich unbeantwortet.

Staat zumeist zugunsten derjenigen einschritt, die das Land für industrielle, bauliche, infrastrukturelle und ähnliche Zwecke für sich reklamierten (obwohl die Verfassung vorgibt, dass alles Land dem Volk gehöre, der Staat aber dieses in deren Interesse nur „verwalte“). Dabei schützt er deutlich erkennbar auch die Interessen von solchen Unternehmen, die die Umwelt zerstören und die Kosten dafür der Gesellschaft aufbürden. Insgesamt konnte festgehalten werden, dass der vietnamesische Staat im Beobachtungszeitraum (2016–2020) teilweise sehr hart gegen Protestierende vorging und eindeutig die Interessen derjenigen, die politisch wie wirtschaftlich Macht und Einfluss haben, schützte, während den Interessen von Bauern, FischerInnen, kleinen Gewerbetreibenden und ArbeiterInnen allenfalls zeitweilig und punktuell Rechnung getragen wurde. Deutlich erkennbar war, dass die staatliche Reaktion letztlich darauf zielte, die Grundlagen einer kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Akkumulation von Kapital, zu bewahren und zu fördern.<sup>8</sup>

Geschützt werden den Forschungsergebnissen von Wischermann et al. (2022) zufolge die Interessen staatlicher Konzerne ebenso wie die halbstaatlicher Unternehmen, privater Investoren und Großunternehmen. Ein Beispiel ist der Fall einer staatlichen Protektion der Interessen von Viettel (ein dem Militär gehörendes großes, national und international tätiges Technologieunternehmen), der am 9.1. 2020 beobachtet werden konnte: Ein großes Polizeiaufgebot rückte im Schutz der Dunkelheit in die 6000 EinwohnerInnen zählende Gemeinde Dong Tam (rund 40 Kilometer südwestlich von Hanoi) ein und setzte die Interessen des Konzerns an einem größeren Stück Land gegen das von den Bauern reklamierte Recht auf die Nutzung dieses Landes für die landwirtschaftliche Produktion durch. Die Rechtslage war und blieb umstritten. Die Polizeiaktion kostete jedoch den Dorfältesten und 3 Polizisten das Leben. 30 DorfbewohnerInnen wurden verhaftet, 25 von ihnen später unter Anklage gestellt, einigen droht die Todesstrafe. Die Ereignisse in und um Dong Tam werden in zwei Berichten unabhängiger Beobachter beschrieben und analysiert (Dong Tam Task Force 2020; Trang und Nguyen 2020).

In einer ähnlichen, nämlich Eigentümerrechte schützenden Art und Weise, agierte der „Partei/Staat“ auch zwischen 2018 und 2020, als er dem Recht privater Investoren Nachdruck verlieh. Diese konnten im Rahmen so genannter „Built-and-Operate-Transfer Schemes“ (BOT) Straßen bauen und dürfen fortan für deren Benutzung Gebühren verlangen. Dagegen protestierten vor allem diejenigen, die zumeist kurze Stücke auf diesen Straßen täglich zurücklegen müssen, wollten sie nicht große Umwege in Kauf nehmen (The 88 Project 2020). Staatliche Stellen ließen die Argumentation von RechtsberaterInnen weitgehend unwidersprochen, derzufolge die Entrichtung von Mautgebühren als das gute Recht der Investoren angesehen werden müsse. Diese könnten einen entsprechenden „return“ für ihr „Investment“ erwarten (Saxena 2018). Im Juni 2020 verabschiedete die Nationalversammlung dann ein Gesetz, solche und andere „Public-Private-

---

8 Zu den Ergebnissen dieses Forschungsprojektes im Einzelnen siehe Wischermann et al. (2022).

Partnerships“ betreffend, und regelte, dass innerhalb gewisser Bandbreiten Investoren in solchen Unternehmen im Falle ausbleibender Gewinne zu entschädigen seien.<sup>9</sup> Zuletzt kann man als ein weiteres Beispiel unternehmensfreundlicher und -fördernder Entscheidungen des „Partei/Staats“ noch die Genehmigung eines nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten höchst umstrittenen 9,3 Milliarden USD teuren Tourismusprojektes im Mekongdelta anführen, das die vietnamesische Regierung 2020 gegen den Rat von UmweltschützerInnen, aber im Interesse des größten Privatunternehmens, der Vingroup, genehmigte (Tomoya 2020).

## **Ein ungleiches Kräfteverhältnis**

Wie kann man solches, bestimmte Interessen begünstigendes Handeln des vietnamesischen Staates erklären? Hier hilft die Vorstellung, der zufolge die autoritären und paternalistischen politischen Strukturen ein „Kondensat“ (Poulantzas) der wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Kräfteverhältnisse sind. Geht man von der Vorstellung aus, dass politische und administrative Entscheidungen einer bestimmten Dynamik solcher Kräfteverhältnisse folgen, so lässt sich behaupten, dass die derzeitigen politisch-ökonomischen Kräfteverhältnisse ein Ungleichgewicht widerspiegeln:

- Zum einen reflektiert sich in ihnen die Schwäche der Zivilgesellschaft. Diese ist zwar numerisch nicht eben klein, aber sie ist in vielfacher Hinsicht fragmentiert und ein politischer Veränderungsdruck ist nicht sehr stark ausgeprägt. Man arbeitet eher mit den als gegen die Autoritäten. Auch hat man bislang noch keine Alternative zur Herrschaft der Kommunistischen Partei entwickelt. All diese Indizien für Schwäche sind auch ein Ergebnis der autoritären Herrschaft der Kommunistischen Partei und des von ihr beherrschten Staates;
- zum anderen lässt sich erkennen die Stärke der verschiedenen Eigentümer und Besitzer von Produktionsmitteln (also der staatseigenen Betriebe, semi-staatlichen Betriebe, privaten Unternehmen wie solchen der Vingroup) mit symbiotischen Beziehungen zur Politik auf den verschiedensten Ebenen von Partei und Staat.

## **Die Schwäche der Zivilgesellschaft**

Die Schwäche der Zivilgesellschaft besteht darin, dass sie in eine, von den Architekten aus den Reihen der herrschenden Kommunistischen Partei ersonnene und in die Tat umgesetzte, 3-Ständegesellschaft gespalten ist: Neben den staatlich alimentierten und politisch mit Verfassungsrang (Verfassung Artikel 9) ausgestatteten großen Massenorganisationen (vor allem, aber nicht nur der

---

<sup>9</sup> Siehe Nguyen (2020). Zu einer schon 2019 vom zuständigen Ministerium ins Auge gefassten und als notwendig erachteten Gebührenerhöhung auf bestimmten „Tollstraßen“, siehe auch Duy (2019).

Gewerkschaftsvereinigung, der Frauenunion, der Bauernvereinigung, der Ho Chi Minh-Jugend und der Veteranenvereinigung) gehören der diese und andere Organisationen umfassenden „Vaterländischen Front“ auch sogenannte „spezielle Assoziationen“ aus dem berufsständischen Bereich an (wie beispielsweise die Vietnam Union of Science and Technology Associations, kurz VUSTA) sowie berufsständische Assoziationen ohne diesen besonderen Status.<sup>10</sup> Neben solchen großen, größeren und bevorrechteten Organisationen bestehen aber auch viele kleinere und kleinste gesellschaftliche Organisationen. Diese verfügen weder über den rechtlichen Status noch die rechtliche Anerkennung oder die finanziellen Mittel wie die Massenorganisationen. Politisch und rechtlich betrachtet ist dieser 3. Stand der Zivilgesellschaft nur geduldet, die Organisationen haben im strengen Sinne des fehlenden Gesetzes kein Existenzrecht. Daher sind die dort Engagierten in ihrem Tun oft von persönlichen Beziehungen zum Staatsapparat auf den verschiedensten Ebenen und einflussreichen, dort tätigen Personen abhängig. Ihre Organisationen, die sie mit hohem persönlichem Einsatz betreiben, sind politisch wie juristisch leicht angreifbar. Auch finanziell sind solche kleineren und kleinsten zivilgesellschaftlichen Organisationen zumeist schwach ausgestattet, vom Gründungs- und Führungspersonal und deren Beziehungen abhängig. Es ist naheliegend, dass man in solchen Organisationen manchmal Probleme damit hat, „Nachwuchs“ zu finden.

Zusammengefasst ist die vietnamesische Zivilgesellschaft

- äußerst heterogen zusammengesetzt und organisatorisch stark zerklüftet;
- inhaltlich an unterschiedlichsten Themen orientiert; ihre Organisationen in Hanoi sind vielfach thematisch anders engagiert als solche im Süden des Landes;
- in unterschiedlichem Maße politischem Druck und Kontrollen ausgesetzt: In Ho-Chi-Minh-Stadt ist beides (noch) stärker als in Hanoi;
- in bescheidenem Maße von der Fähigkeit, politischen und gesellschaftlichen Veränderungsdruck zu entfachen, geprägt.<sup>11</sup>

Wie unter den obwaltenden politischen Umständen verständlich, arbeiten vietnamesische Organisationen der Zivilgesellschaft zumeist mit den und nicht

10 Derzeit besteht für die „speziellen Assoziationen“ die Gefahr, dass sie ihre bevorrechtigte Position verlieren. Sie könnten in naher Zukunft den Massenorganisationen gleichgestellt werden. Eine solche Abwertung würde bedeuten, dass Organisationen wie beispielsweise VUSTA nicht mehr vom Staat dauergefördert würden, sondern nur noch Zuwendungen für einzelne, immer wieder neu vom Staat zu erhaltende und vertraglich auszuhandelnde Aufgaben erhielten. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit staatlichen Sparprogrammen und der Übertragung staatlicher Aufgaben, vor allem im Sozialsektor, an die Gesellschaft. Für letzteres verwendet man in Vietnam den Begriff *xã hội hóa* (Sozialisierung oder Vergesellschaftung).

11 In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die Massenorganisationen wie die allermeisten berufsständischen Organisationen von der Kommunistischen Partei geführt und angeleitet werden. Sie sind integraler Bestandteil ihres politischen Herrschaftssystems (siehe dazu Wischermann und Dang 2018; Dang 2022).



gegen die Autoritäten. Dabei ist die vietnamesische Zivilgesellschaft rein zahlenmäßig betrachtet nicht eben klein: Offiziellen Zahlen aus dem Jahr 2014/15 zufolge gibt es rund 52.000 Organisationen. Rechnet man die in dieser offiziellen Zählweise nicht eingeschlossenen geduldeten NGOs, eher informelle bäuerliche Zusammenschlüsse („Farmers‘ Organisations“)<sup>12</sup> und andere Gruppen und Organisationen in Stadt und Land hinzu kommt man auf eine über 100.000 Organisationen starke vietnamesische Zivilgesellschaft (Wischermann und Dang 2018, 129). Neueste Schätzungen gehen von rund 60.000 auf die eine oder andere Weise staatlich anerkannten oder zumindest geduldeten zivilgesellschaftlichen Organisationen aus.

### **Die Stärke der „Partei-Staat-Unternehmens-Allianz“**

Der vietnamesischen Zivilgesellschaft gegenüber steht eine unter der Kontrolle oder jedenfalls vermittelt der Kommunistischen Partei bestehende „Staat-Partei-Unternehmens-Allianz“ (Hughes 2020, 118). Diese schließt auch wesentliche Teile des Militärs ein, so vor allem in dessen Besitz befindliche oder von ihm kontrollierte Unternehmen. Diese Allianz besetzt alle Kommandohöhen in Politik und Wirtschaft. Sie ist politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich hegemonial. Die Regierenden und politisch wie ökonomisch Herrschenden verfügen in der Gesellschaft über ein gewisses Maß an Zustimmung für ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft. Dies ist zumindest insoweit und vielleicht auch nur so lange der Fall, wie die Tätigkeit der Herrschenden dazu beiträgt, dass es jedem jeden Tag in wirtschaftlicher Hinsicht ein wenig besser geht (wie die Kurzformel des mit der Reformpolitik nach 1986 geschlossenen autoritären Gesellschaftsvertrages zwischen KPV und Bevölkerung lautet). Le Hong Hiep nennt die entsprechende Art der Zustimmung im Anschluss an Thayer eine „performance-based legitimacy“ (Le 2012, 145).

Im Zusammenhang mit Nguyen Hong Hais Begriff eines die Herrschaft der vietnamesischen Kommunistischen Partei kennzeichnenden „smart authoritarianism“ ist die Herrschaftsweise als teilweise uneingeschränkt oder hart (wie die oben genannte hohe und immer noch steigende Zahl von inhaftierten und verurteilten JournalistInnen, BloggerInnen und anderen Gewissensgefangenen unterstreicht), teilweise als intelligente oder weich(er)e Mittel einsetzend zu bezeichnen. Zu den letzteren Mitteln und Methoden ist zu zählen, dass jüngst bei der Bekämpfung der Covid-19 Pandemie die Mitwirkung von Fachkräften wie Laien mit christlichen, buddhistischen und ähnlichen Überzeugungen bei der Versorgung von Erkrankten von staatlichen Stellen nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht war und deren Tätigkeit sogar öffentlich gelobt wurde.<sup>13</sup>

---

12 Dieser Begriff wurde geprägt von Fföde und Nguyen (2001).

13 Siehe The Vietnamese (2022), hier der Abschnitt mit ins Englische übersetzten Zitaten aus vietnamesischsprachigen Quellen, betitelt „Catholic priests, Buddhist monks help provide care for COVID-19 patients“. Siehe auch Tomoya (2021).

Diese Einbeziehung und Belobigung von Fachkräften aus dem religiösen Spektrum ist aber auch im Zusammenhang mit dem Programm der Sozialisierung von staatlichen Aufgaben zu sehen, bei dem seit längerem staatliche Aufgaben, vor allem aus dem Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik, vom Staat an die Gesellschaft zurückgegeben werden. Dies geschieht auch, um Einsparungen im staatlichen Ausgabenbereich zu erzielen.

Die „Partei-Staat-Unternehmens-Allianz“ beschränkt ihre Tätigkeit keineswegs auf Vietnam. Vielmehr werden enge Beziehungen gepflegt zu ähnlichen Allianzen, Oligarchen und Oligarchien in der Region Südostasien (Hughes 2020, 125). Die wirtschaftlichen Interessen dieser Allianz(en) werden noch durch neoliberale Politiken (nicht nur) in Vietnam befördert. Sie helfen dabei, Bauernland zur Ware zu machen, traditionelle Landwirtschaft zu einem Auslaufmodell zu degradieren und an deren Stelle exportorientierte Plantagen und Farmen in und außerhalb der Landesgrenzen entstehen zu lassen, so zum Beispiel in Kambodscha und Laos (Hirsch 2020, 348f.).<sup>14</sup>

## **Der Einfluss der Pandemie auf die Zivilgesellschaft und ihr Verhältnis zum „Partei/Staat“**

Die Pandemie schwächt tendenziell die Zivilgesellschaft und stärkt zumindest den „Partei/Staat“, wenn nicht sogar die „Partei-Staat-Unternehmens-Allianz“. Dies ist zumindest der Eindruck, den eigene, erste Recherchen und die Einschätzung der vietnamesischen Expertin für die Analyse der Zivilgesellschaft, Dang Thi Viet Phuung von der Vietnam Academy of Social Sciences, vermitteln.<sup>15</sup>

Einerseits werden zwar einzelne zivilgesellschaftliche Organisationen gestärkt. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn zeit- und fallweise zivilgesellschaftliche Organisationen von staatlichen Stellen in verschiedenste Hilfsmaßnahmen zur Eindämmung der Folgen der Pandemie einbezogen werden. Hier verweist Dang auf die Bedeutung von Unterorganisationen der Massenorganisationen, die auf lokaler Ebene staatliche Stellen bei der Organisation von Hilfs-, aber auch von Kontrollmaßnahmen im Rahmen der Implementierung von Pandemiepolitiken unterstützen, was ihre Bedeutung im öffentlichen Ansehen, aber auch für die Herrschenden zu steigern hilft. Ferner ist in diesem Zusammenhang zu erinnern an

14 Hier kann neben dem militäreigenen Technologiekonzern Viettel und deren Engagement in Myanmar zugunsten der dort herrschenden Militärjunta beispielhaft auf die private HAGL Group verwiesen werden. Diese besitzt und betreibt prachtvolle Hotels in Myanmar sowie große Kautschukplantagen in Kambodscha und exportiert aus Laos wertvolle Edelhölzer.

15 Dang legte ihre Einschätzung in einem Gedankenaustausch mit dem Autor via E-Mail im Dezember 2021 dar. Bislang sind die Auswirkungen der Pandemie auf die Zivilgesellschaft und deren Verhältnis zum Staat nicht nur im Hinblick auf Vietnam kaum wissenschaftlich untersucht worden. Erste Ansätze zu einer Analyse der durch die Pandemie möglicherweise sich ändernden Gestalt und Arbeitsweisen und -inhalte der Zivilgesellschaft und der Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Südostasien und anderen Weltregionen finden sich in Lorch et al. (2021) und Carnegie Civic Research Network (2021).

die oben erwähnte öffentliche lobende Erwähnung und Anerkennung zivilgesellschaftlicher Organisationen (vor allem solche kirchlicher Art) sowie ihnen nahestehender Persönlichkeiten durch die Autoritäten für ihre Bereitschaft, sich in kritischen Zeiten an vorderster Front zu engagieren. Lob und der Einbezug in Hilfsmaßnahmen mögen zu einer Entspannung im Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat beitragen und Konflikte zwischen ihnen zu mindern helfen.<sup>16</sup>

Andererseits ist es vielen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) und anderen kleinen gesellschaftlichen Organisationen wegen der Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen („lockdowns“) nur noch schwer möglich, die bisherigen Aktivitäten und regulären Projekte ohne Einschränkungen fortzusetzen. Die bisherigen Zielgruppen zu erreichen oder auch nur spontan Hilfsmaßnahmen durchzuführen, ist ihnen, wenn überhaupt, nur eingeschränkt möglich. Damit werden die Stärken von NGOs und „Community-based Organisations“ (CBOs), als basisdemokratische Akteure lokale Projekte zu unterstützen, alternative Politikansätze zu implementieren oder auch „nur“ rasch und umstandslos Hilfe für Bedürftige leisten zu können und sie auch zielsicher zu erreichen, durch die Pandemie stark gefährdet. Dang spricht in diesem Zusammenhang sogar von der Gefahr einer „Marginalisierung“ bestimmter zivilgesellschaftlicher Organisationen.<sup>17</sup> Die von Unternehmern, Gewerbetreibenden und Philanthropen unternommene Organisation vielfältigster Hilfsmaßnahmen bewirkt potenziell eine weitere Schwächung von NGOs und CBOs. Automatisierte Ausgabestellen für Reis („Rice-ATMs“), initiiert von solchen Personenkreisen, sind nur ein Beispiel von Notmaßnahmen, die für die notleidende Bevölkerung, insbesondere für die informell Beschäftigten (dies sind derzeit knapp 60 Prozent aller Beschäftigten) ins Werk gesetzt werden. Solche Hilfsmaßnahmen werden zumeist auf informelle Art und Weise arrangiert und von den Autoritäten geduldet, wenn nicht sogar gefördert. Eine solche Informalisierung zivilgesellschaftlichen Handelns schwächt die Bemühungen der Zivilgesellschaft um eine auch formelle Anerkennung ihrer Organisationen und deren Handlungsweisen durch den „Partei/Staat“. In diesem Zusammenhang kann man auch vermuten, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft in Vietnam in der Pandemie vorrangig Hilfsmaßnahmen organisieren, die eine Art Rückkehr zu traditionellen Formen und Praktiken von „Hilfe zur Selbsthilfe“ darstellen, und sich im Verzicht auf Aktivitäten üben, die nicht mit *community-based* und *community outreach*-geprägten Ansätzen

---

16 In einer der wenigen empirischen Untersuchungen, in denen das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Organisationen und dem vietnamesischen Staat zu zwei Zeitpunkten vergleichend analysierend wurde, kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass dieses Verhältnis zumindest zwischen Ende der 1990er Jahre und 2010 konfliktreicher geworden ist (Wischermann 2010, 28–33).

17 In der Publikation des Carnegie Civic Research Network wird eine solche Marginalisierung als ein regionenübergreifender Trend ausgemacht und die These aufgestellt, der zufolge verschiedenartige, neue wie alte, an Raum und Bedeutung gewinnende gesellschaftliche Akteure „traditional CSOs“ verdrängen (Carnegie Civic Research Network 2021, 2).

übereinstimmen. Sich in der Notlage der Pandemie auf solche Ansätze zu konzentrieren, ist naheliegend, plausibel und nicht zuletzt für die Betroffenen äußerst hilfreich<sup>18</sup> und soll hier auch nicht kritisiert werden. Aber solch eine Konzentration kann auch mit sich bringen, dass man in Post-Pandemie-Zeiten andere und alternative Projektansätze sowie Kritiken am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System weiterhin zurückstellt, nicht zuletzt, um den durch Projekte mit einem traditionellen Ansatz verbesserten oder sogar guten Draht zu den Autoritäten nicht zu gefährden.

Aus einer weiteren Perspektive betrachtet, können die pandemiebedingte Förderung der eng mit den Regierenden verbundenen Massenorganisationen, damit auch eine weitere Vertiefung der Spaltungen innerhalb der Zivilgesellschaft, aber auch die Informalisierung zivilgesellschaftlichen Handelns als Maßnahmen verstanden werden, die aus dem Werkzeugkasten des *smart authoritarianism* stammen. Als solche bezeichnet Nguyen (2018) Maßnahmen, die ein autoritärer Staat ergreift, wenn er mit Spaltungspolitik und klugen Integrationsangeboten einerseits und mit Härte andererseits auf die Aktivitäten der Zivilgesellschaft reagiert (Nguyen 2018, 140). Wie eingangs erwähnt, reagierten die Herrschenden im Jahr 2021 dagegen mit aller Härte auf kritische Stimmen aus dem Umfeld der Zivilgesellschaft. Die gegenüber den Vorjahren gestiegene Zahl inhaftierter BloggerInnen, JournalistInnen und Protestierender (beispielsweise solcher, die sich 2019 und 2020 gegen Straßenbauprojekte im Rahmen staatlich-privater Kooperationsprojekte engagiert hatten) veranlasst Reporter ohne Grenzen, Vietnam auf den viertletzten Platz ihres „World Freedom Index“ zu setzen.<sup>19</sup> Die jüngst erfolgten Verhaftungen von drei und Verurteilungen zweier führender RepräsentantInnen von NGOs wegen vorgeblicher Steuerhinterziehung sind ein weiterer Beleg für den zunehmend repressiven Charakter des vietnamesischen „Partei/Staats“ (Humphrey 2022).

## **Schluss: Kein Übergang zur „liberalen Demokratie“**

Zumindest während der ersten Welle(n) der Pandemie im Jahr 2020 erwies sich der „Partei/Staat“ erfolgreich, was die Eindämmung der Verbreitung des Virus anging. Dabei halfen auch eine relativ transparente Informationspolitik und die

---

18 Die Kapitel 18 bis 25 in Shin et al. (2022) belegen die hohe Wirksamkeit gegenüber den Auswirkungen der Pandemie von „community-based mutual help“ in Indonesien, „community-led food sharing initiatives“ in Singapur sowie ähnlicher Initiativen in Thailand und den Philippinen. Dort wird auch die Bedeutung von „community-led initiatives“ untersucht, die in ganz Südostasien dabei halfen, marginalisierte gesellschaftliche Gruppen wie LGBTIQ zu stärken. Solche trugen dazu bei, „to empower the groups and build resilience in terms of economy, well-being, and advocacy“ (Shin et al. 2022, 24).

19 Dem „Komitee für den Schutz von Journalisten“ (CPJ) zufolge ist Vietnam 2021 weltweit der viertschlimmste Verfolger kritischer Stimmen der Öffentlichkeit (Committee to Protect Journalists 2021), und der „World Freedom Index“ von Reporter ohne Grenzen sieht Vietnam 2021 auf Platz 175 (von 180), siehe Reporters without Borders (2021).

Koordinierung von Maßnahmen auf und zwischen den verschiedenen politisch-administrativen Ebenen. BeobachterInnen und KommentatorInnen mutmaßen, dass dieses ungewohnte Maß an Transparenz und Effektivität von Staats- und Regierungshandeln vor allem bei ansonsten unpolitischen Menschen Lust auf ein Mehr an solchen Errungenschaften, auch jenseits der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, wecken und vielleicht in der Folge sogar ein Mehr an Demokratie und Teilhabe mit sich bringen könnte (Truong 2020).

Doch gegen den möglichen Erfolg solcher Wünsche sprach und spricht das oben beschriebene Kräfteparallelogramm mit der angesprochenen Schwäche der Zivilgesellschaft einerseits und der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Vorrangstellung der „Partei-Staats-Unternehmens-Allianz“ mit Kontakten zu Oligarchien außerhalb des Landes und Tendenzen zur Oligarchiebildung im Lande andererseits. Zumindest sehr wichtige Elemente dieses Machtblocks lassen auch keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie gegen jeden – auch einen langsamen und schrittweisen – Übergang zu demokratische(re)n politischen Herrschaftsformen sind. Hier sei verwiesen auf Äußerungen des Generalsekretärs der KPV, Nguyen Phu Trong, im Mai 2021. Ihm zufolge ist ein solcher Übergang oder auch nur der Beginn eines solchen Prozesses gar nicht nötig, da in Vietnam bereits eine „sozialistische Demokratie“ bestehe. Das *rule of law* sei in einem kapitalistischen Gesellschaftssystem grundsätzlich ein Werkzeug, um die Interessen der Bourgeoisie zu schützen, wohingegen es in einem sozialistischen System, wie es in Vietnam bestehe, ein bewährtes Mittel sei, die Herrschaft des Volkes zu sichern. Dabei sei der entscheidende Faktor die Kommunistische Partei Vietnams.<sup>20</sup> Ganz auf dieser Linie äußert sich zum Abschluss des Jahres 2021 auch das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (dabei wohl auch die Meinung von Minister To Lam ausdrückend). In einer dem Ministerium zugehörigen Online-Zeitung bezeichnet der Autor Phan Duong Vietnam als eine „sozialistisch-orientierte Volksdemokratie“. Diese Art Demokratie befriedige vollständig die Bedürfnisse seines Volkes. Das Land brauche keine „Mehrparteien-Demokratie“. In Vietnam sei unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei die Demokratie „garantiert“, und diese könne ihre „Rolle vollständig in der Wirklichkeit ausfüllen“ (RFA 2021).

Nicht zuletzt eine geschlossene Verweigerungshaltung gegenüber politischen Veränderungen und die Mittel auf Seiten der „Partei-Staats-Unternehmens-Allianz“, um diese auch umzusetzen, machen den Übergang zu einer liberalen Demokratie zumindest unwahrscheinlich. Solche Unwilligkeit gegenüber politischen Reformen bedeutet auch, dass zumindest auf absehbare Zeit ausgeschlossen ist, dass der sozialistische Staat zukünftig weniger bevorzugt den Interessen der staatlichen, halbstaatlichen und privaten Unternehmen dienen und in

---

20 Das Zitat stammt aus einem „Background Brief“ von Thayer (2021), der dort einen Grundsatzartikel Nguyen Phu Trongs aus der Parteizeitung „Nhan Dan“ vom 16.5.2021 in englischer Übersetzung referiert.

der Folge die politischen wie wirtschaftlichen Interessen der Bauern, FischerInnen und ArbeiterInnen mehr als nur zeit- und fallweise berücksichtigen wird.

## Literatur

- Buckley, Joe. 2022. *Vietnamese Labour Militancy. Capital-labour antagonisms and self-organised struggles*. London/New York: Routledge.
- BMJ. 2021. „Der Deutsch-Vietnamesische Rechtsstaatdialog“. 17. Juni. [https://www.bmjv.de/DE/Themen/EuropaUndInternationaleZusammenarbeit/DeutschVietnamesischerRechtsstaatdialog/DeutschVietnamesischerRechtsstaatdialog\\_node.html](https://www.bmjv.de/DE/Themen/EuropaUndInternationaleZusammenarbeit/DeutschVietnamesischerRechtsstaatdialog/DeutschVietnamesischerRechtsstaatdialog_node.html).
- Carnegie Civic Research Network. 2021. „Civil Society and the Global Pandemic: Building Back Different?“ Working Paper. 30. September. <https://carnegieendowment.org/2021/09/30/civil-society-and-global-pandemic-building-back-different-pub-85446>.
- CIVICUS. 2021. „CIVICUS Monitor Tracking Civic Space“. <https://monitor.civicus.org/country/vietnam/>.
- Criminal Code. 2015. *Criminal Code, Pursuant to Constitution of Socialist Republic of Vietnam. No. 100/2015/QH13, National Assembly, Socialist Republic of Vietnam*. 27. November. Hanoi. Letzter Zugriff 7.3.2022. <https://www.wipo.int/edocs/lexdocs/laws/en/vn/vn086n>.
- Committee to Protect Journalists. 2021. „Number of journalists behind bars reaches global high“. 9. Dezember. <https://cpj.org/reports/2021/12/number-of-journalists-behind-bars-reaches-global-high/>.
- Constitution of Vietnam. 2013. „Constitution of Vietnam“. <https://www.ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/94490/114946/F114201808/VNM94490%20Eng.pdf>.
- Dang, Thi V. P. 2022. „Can Mass Organisations Help Strengthen Authoritarian Power in Rural Vietnam?“ In *Authoritarianism and Civil Society in Asia*, herausgegeben von Anthony J. Spiers und Akihiro Ogawa. Abingdon: Routledge (im Erscheinen).
- Dong Tam Task Force. 2020. *Fighting Over Senh Field. A Report on the Dong Tam Village Attack 2020*. Liberal Publishing House. <https://drive.google.com/file/d/1Z3IEw9xZlNvkjSfrKdc43SqMin2JSZ2H/view>.
- Duy, Anh. 2019. „Ministry proposes toll hike on low traffic bots“. VNExpress, 8. Juni. <https://e.vnexpress.net/news/business/economy/ministry-proposes-toll-hike-on-low-traffic-bot-roads-3935567.html>.
- Fforde, Adam, and Dinh H. Nguyen. 2001. „Vietnamese Farmers’ Organisations“. [https://www.academia.edu/7164538/Vietnam\\_s\\_informal\\_farmers\\_groups\\_from\\_organization\\_to\\_development](https://www.academia.edu/7164538/Vietnam_s_informal_farmers_groups_from_organization_to_development).
- Forst, Rainer. 2005. „Toleranz und Demokratie“. In *Der Streit um die Toleranz. Deutung und Konsequenzen eines moralischen Leitbegriffes. Dokumentation der Jahrestagung der Grünen Akademie vom 19./20. November 2004*, herausgegeben von Heinrich Böll Stiftung, 9–16. [https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download\\_de/ga03\\_toleranz.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/ga03_toleranz.pdf).
- Freedom House. 2021. „Freedom on the Net. Vietnam“. <https://freedomhouse.org/country/vietnam/freedom-net/2021>.
- Hirsch, Philip. „The Political Economy of Land and Agrarian Relations in Southeast Asia“. In *The Political Economy of Southeast Asia. Politics and Uneven Development under Hyperglobalisation*, herausgegeben von Toby Carroll, Shahar Hameiri und Lee Jones Jones, 341–365. New York: PalgraveMacMillan, 2020.
- Hughes, Caroline. „Transitions from State ‘Socialism’ in Southeast Asia“. In *The Political Economy of Southeast Asia. Politics and Uneven Development under Hyperglobalisation*, herausgegeben von Toby Carroll, Shahar Hameiri und Lee Jones Jones, 111–132. London, New York: PalgraveMacMillan, 2020.

- Humphrey, Chris. 2022. „Award-winning Vietnamese environmentalist arrested as rights groups fear ‘clamp down’“. *The Guardian*, 9. Februar. <https://www.theguardian.com/global-development/2022/feb/09/award-winning-vietnamese-environmentalist-arrested-as-rights-groups-fear-clamp-down>.
- Huong, Hoai. 2021. „Four land issue that expose the injustices faced by religious organizations in Vietnam“. *The Vietnamese*, 14. August. <https://www.thevietnamese.org/2021/08/four-land-issues-that-expose-the-injustices-faced-by-religious-organizations-in-vietnam/>.
- Kerkvliet, Benedict J. T. 2019. *Speaking out in Vietnam: Public Criticism in a Communist Party Ruled Nation*. Ithaka, New York: Cornell.
- Le, Hong H. 2012. „Performance-based Legitimacy: The Case of the Communist Party of Vietnam and Doi Moi“. *Contemporary Southeast Asia* 34, no. 2: 145–172.
- Lenin, Wladimir I. 1970. *Staat und Revolution*. Berlin: Dietz Verlag.
- Linz, Juan J. 2000. *Totalitarian and Authoritarian Regimes. With a major new introduction*. Boulder, London: Lynne Rienner.
- Lorch, Jasmin, Monika Onken und Jamjira Sombatpoonsiri. 2021. „Sustaining Civic Space in Times of COVID-19: Global Trends.“ *GIGA Focus Global*, nr. 8 (November 2021). <https://www.giga-hamburg.de/en/publications/28699820-sustaining-civic-space-times-covid-19-global-trends/>.
- Nguyen, Dat. 2020. „Government to partly underwrite revenue risks for private investors in infrastructure.“ *VNExpress*, 19. Juni 2020. <https://e.vnexpress.net/news/business/economy/government-to-partly-underwrite-revenue-risks-for-private-investors-in-infrastructure-4118059.html>.
- Nguyen, Hong H. 2018. „Der Mythos der fehlenden Responsivität des politischen Regimes in Vietnam“. In *Vietnam. Mythen und Realitäten*, herausgegeben von Jörg Wischermann und Gerhard Will, 147–171. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/279697/vietnam>.
- Onishi, Tomoya. 2020. „Vietnam speeds up big projects to heal economy from pandemic. Newly approved \$9bn resort had been waiting for approval for years“. *Nikkei Asia*, 18. Juni. <https://asia.nikkei.com/Economy/Vietnam-speeds-up-big-projects-to-heal-economy-from-pandemic>.
- Onishi, Tomoya. 2021. „Vietnam communists accept religions’ olive branch as COVID rages. Catholics and Buddhists mobilize health workers to help Ho Chi Minh City cope“. *Nikkei Asia*, nr. 3. August. <https://asia.nikkei.com/Spotlight/Coronavirus/Vietnam-communists-accept-religions-olive-branches-as-COVID-rages>.
- Reporters Without Borders. 2021. „State v. bloggers and journalists“. *Reporters Without Borders Vietnam*. <https://rsf.org/en/vietnam>.
- RFA. 2021. „Radio Free Asia Vietnam calls itself ‘democratic country’, activists disagree“. *RFA*, 28. Dezember. <https://www.rfa.org/english/news/vietnam/calls-12282021170650.html>.
- Saxena, Vaibhav. 2018. „Vietnam’s infrastructure hinges on profitability, funding“. *VNExpress*, 15. Oktober. <https://e.vnexpress.net/news/business/economy/vietnam-s-infrastructure-growth-hinges-on-profitability-funding-3824694.html>.
- Shin, Hyun B., Murray McKenzie und Do Y. Oh. 2022. *COVID-19 in Southeast Asia: Insights for a post-pandemic world*. London: LSE Press.
- Thayer, Carlyle. 2022. „Background Brief: Pham Doan Trang Tried and Convicted – Implications“. 19. Dezember. <https://de.scribd.com/document/548102853/Thayer-Pham-Doan-Trang-Tried-and-Convicted>.
- The 88 Project. 2020. „Vietnam’s BOT Dilemma: Activists at the Gate“. <https://the88project.org/vietnams-bot-dilemma/>.

- The Vietnamese. 2022. „Religion Bulletin.“ *The Vietnamese*, August.  
<https://www.thevietnamese.org/2022/01/religion-bulletin-august-2021-monks-in-soc-trang-province-not-only-have-to-practice-their-religion-but-must-also-maintain-security-order/>.
- Truong, Mai. 2020. „Vietnam’s COVID-19 Success Is a Double-Edged Sword for the Communist Party“. *The Diplomat*, 6. Mai. <https://thediplomat.com/2020/08/vietnams-covid-19-success-is-a-double-edged-sword-for-the-communist-party/>.
- Trang, Pham D. und Will Nguyen. 2020. „Dong Tam Report 2“. [https://drive.google.com/file/d/1lyghZgxJomcZM8CPTd2nWlhnRKz9paZQ/view?fbclid=IwAR2yDW4N\\_BDRTXLz8wxJhqESxWGnGONGTHufmvZARThFVgyXxKKXffJLNI](https://drive.google.com/file/d/1lyghZgxJomcZM8CPTd2nWlhnRKz9paZQ/view?fbclid=IwAR2yDW4N_BDRTXLz8wxJhqESxWGnGONGTHufmvZARThFVgyXxKKXffJLNI).
- Tuan, Viet. 2020. „Ministry given more time to work on public demonstration law.“ *VNExpress*, 12. Mai. <https://e.vnexpress.net/news/news/ministry-given-more-time-to-work-on-public-demonstration-law-4098280.html>.
- Vietnam News. 2016. „Deputies uneasy about Draft Law on Associations“. *Vietnam News*, 26. Oktober. <https://vietnamnews.vn/politics-laws/345073/deputies-uneasy-about-draft-law-on-associations.html>.
- Wischermann, Jörg, Thi V. P. Dang und Martin G. Sirait. 2022. „The State in a Capitalist Society: Protests and State Reactions in Vietnam and Indonesia“. *Journal of Contemporary Asia*. DOI: <https://doi.org/10.1080/00472336.2022.2038235>.
- Wischermann, Jörg. 2021. „Vietnam unter der Herrschaft der „Partei-Staat-Unternehmens-Allianz – Herausforderungen für die Zivilgesellschaft im Jahr 2021. In Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit: Vietnam“. *Arbeitshilfen*, nr. 328, 7–10. Bonn. [https://www.dbkshop.de/media/files\\_public/d8f69a5f00732a8b473ad994e09d0e95/DBK\\_5328.pdf](https://www.dbkshop.de/media/files_public/d8f69a5f00732a8b473ad994e09d0e95/DBK_5328.pdf).
- Wischermann, Jörg und Thi V. P. Dang. 2018. „Vietnam.“ In *Routledge Handbook on Civil Society in Asia*, herausgegeben von Akihiro Ogawa, 129–142. Abingdon: Routledge.
- Wischermann, Jörg. 2010. „Civil Society Action and Governance in Vietnam: Selected Findings from an Empirical Survey.“ In *Journal of Current Southeast Asian Affairs*, nr. 2 (2010): 3–40. <https://journals.sub.uni-hamburg.de/giga/jsaa/article/view/260.html>.

## Danksagung

Dieser Beitrag ist die aktualisierte und stark erweiterte Fassung eines Beitrags des Autors zu einer Schrift der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), die im Dezember 2021 erschienen ist (Wischermann 2021). Der Autor dankt der DBK für die Erlaubnis, diesen Text in veränderter Form veröffentlichen zu dürfen, und für die Anerkennungsleistung.